

# UNIVERSITÄT HOHENHEIM

## PRESSE UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Telefon: +49(0)711 - 459-22001/22003

Fax: +49(0)711 - 459-23289

e-mail: [presse@uni-hohenheim.de](mailto:presse@uni-hohenheim.de)

Internet: <http://www.uni-hohenheim.de>



22.06.2007

# DIES ACADEMICUS

## **Akademischer Festakt: Begrüßung und Grußworte**

**Redebeitrag PD Dr. Ulrike Weiler,  
Vertreterin des akademischen Mittelbaus der  
Universität Hohenheim**

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Herr Liebig, sehr geehrte Gäste, meine Damen, meine Herren,

im Namen des akademischen Mittelbaus heiÙe ich Sie herzlich zum Dies academicus willkommen. Traditionell nutzen wir unser GruÙwort, um Entwicklungen des vergangenen Jahres an der Hochschule zu kommentieren und die Konsequenzen für unsere Universität aufzuzeigen. Herr Liebig hat es bereits dargestellt, unsere Universität hat ein gutes Jahr hinter sich, wir waren erfolgreich. Die Leistungen der Menschen, die an der Universität arbeiten, haben Anerkennung gefunden. Anerkennung durch das ausgezeichnete Abschneiden der Fakultäten A und N in der Evaluation durch den Wissenschaftsrat, Anerkennung auch durch die hohe Einstufung der wirtschaftswissenschaftlichen Absolventen durch Personalchefs, Anerkennung auch bei den Drittmittelgebern - noch nie haben wir so viele Forschungsgelder eingeworben und damit den knappen Forschungsetat aufgestockt.

All das war nur möglich, weil die Menschen an dieser Universität trotz teilweise schlechter Grundausrüstung und Mittelknappheit engagiert und kreativ forschen, ausbilden und junge Menschen für eine Hochschulkarriere begeistern können, denn motivierte Menschen machen einige Defizite in den Rahmenbedingungen wett.

Auch im Umfeld geht es aufwärts: die Steuereinnahmen des Landes fließen und die Politik beteuert, dass unser exportorientiertes Bundesland in besonderem Maße auf Forschung und gut ausgebildeten Nachwuchs angewiesen ist. Es wäre jetzt eigentlich an der Zeit, unsere Leistung zu honorieren und die Arbeitsbedingungen an unserer Universität zu verbessern. Allerdings ist hierzu beim Land keine große Bereitschaft zu erkennen, die Planungen der Politik machen unsere Zukunft eher sorgenvoll.

Sorge bereitet uns, dass der Mangel auf Jahre hinaus zementiert wird, während wir gleichzeitig erheblich steigende Studierendenzahlen bewältigen müssen. So haben wir seit März einen neuen Solidarpakt, den Solidarpakt zwischen Land und Hochschulen. Es ist dabei so, wie die Geschichte von der Solidarität zwischen Wölfen und Schafen: Wenn die Wölfe von Solidarität reden, geht das für die Schafe meistens nicht gut aus. So auch hier. Das Land übt Solidarität und sichert den Unis zu, dass der aktuelle Etat für die Hochschulen weitergeführt wird, ein Etat, der dem Ansatz von 1996 entspricht, ohne Inflationsausgleich, ohne Berücksichtigung der steigenden Kosten einer modernen Ausbildung. Gleichzeitig üben die Unis Solidarität und verpflichten sich u.a., bis 2012 mehr Studienplätze anzubieten, hier in Hohenheim sollen es 7.200 Studierende werden, 15 Prozent mehr als bisher.

Vereinbarungen, die wir nicht wirklich fair finden, die mit echter Solidarität nichts zu tun haben. Denn das Ministerium weiß sehr wohl, dass bereits jetzt die Lage angespannt ist. Es fehlen Mittel und Stellen zur Betreuung der Studierenden. Bereits heute haben wir drastische Engpässe bei den Hörsälen. Die Hörsaaltechnik ist zum Teil so veraltet, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, in einer Vorlesung den Dozenten zu sehen und auch noch akustisch zu verstehen. Hoffnung auf den Neubau eines ausreichend großen Hörsaals, um alle Anfängerinnen und Anfänger der Wirtschaftswissenschaften – des stärksten Studiengangs an unserer Universität - gleichzeitig zu unterrichten, besteht auf absehbare Zeit nicht und der Verweis auf Effizienzreserven durch Vorlesungen am Wochenende ist nicht wirklich hilfreich, wenn der größte Hörsaal der Universität noch nicht einmal die Hälfte der Wiwi-Studierenden eines Semesters fasst.

Sorge bereitet uns auch wieder mal ein neues Gesetz, das vom Wissenschaftsministerium vorbereitet wird: Durch die Föderalismusreform sind die Länder alleine für ihre Hochschulen zuständig und können endlich all die Dinge selbst bestimmen, die bisher vom Bund vorgegeben wurden. Daher wird jetzt ein neues Gesetz gemacht. In Baden Württemberg heißt das Gesetz EHFRUG, „Erstes Gesetz zu Umsetzung der Föderalismusreform im Hochschulbereich“.

Mit dem Gesetz regelt das Land vielerlei, so z.B. die Lehrverpflichtung. Dabei zeigt das Land, wie man mehr Studierende ausbilden kann, ohne die Zahl der Lehrenden zu steigern. Man erhöht einfach die Lehrverpflichtung und das drastisch. Statt bisher 9 SWS kann die Belastung der Professoren auf 12 SWS, die der akademischen Mitarbeiter sogar auf 25 SWS angehoben werden. Gleichzeitig wird die neue Position des „Dozenten“ geschaffen, eines Hochschullehrers zweiter Klasse, der, realistischerweise, eine reine Lehrprofessur ohne jede Forschung ist. In den Ausführungen zum Gesetz heißt es zynischerweise: „Dozenten leisten ihre wissenschaftliche Arbeit in der Lehre“. Das bedeutet eine akademische Sackgassenlaufbahn, die kein Zurück in die Forschung mehr erlaubt.

Uns, den wissenschaftlichen Mitarbeitern geht es noch schlechter. Unsere Lehrverpflichtung kann auf 25 SWS angehoben werden – egal was auch immer wir in der Forschung geleistet haben. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass diese Anhebung automatisch passiert, sofern man nicht innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes eine anders lautende Dienstaufgabenbeschreibung bekommt. Diese Aufgabenbeschreibung wird, im Gegensatz zu heute, nicht vom direkten Vorgesetzten gemacht und mit dem Mitarbeiter besprochen, vielmehr sieht das Gesetz vor, dass der Fakultätsvorstand die Dienstaufgabenbeschreibung verfasst. Diese wird den Betroffenen nur noch bekannt gegeben, es ist kein Einverständnis erforderlich. Menschenführung nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam, das mag in einer Armee funktionieren, wo Kreativität und Eigenantrieb wenig gefragt sind, für Universitäten sicherlich kein Erfolgsrezept.

Sorgen bereitet uns aber auch die inneruniversitäre Demokratie. Die Beteiligung aller Gruppen ist als Ziel zukünftiger Hochschulreformen nicht mehr gefragt. Auch hierzu hält das EHFRUG Neues bereit. Nein, es führt natürlich nicht wieder die verfasste Studierendenschaft ein, die vor 30 Jahren abgeschafft wurde, und die wir dringend bräuchten, um den Studierenden eine hörbare Stimme zu geben, um politische Streitkultur wieder an der Universität erfahrbar und erlernbar zu machen. Vielmehr eröffnet das Gesetz Möglichkeiten, die Mitsprache der nichtprofessoralen Gruppen weiter einzuschränken, also vom Prinzip der Gruppenhochschule abzuweichen. Begründet wird das Ganze von Minister Frankenberg mit der „bürokratischen Erstarrung“ der akademischen Selbstverwaltung. Demokratische Entscheidungsmodelle, die alle Universitätsangehörigen einbeziehen, werden hingegen explizit als „überwundene Vorstellungen hochschulpolitischer Art“ diskreditiert, „die nicht wieder belebt werden sollen“. Dass die Motivation weiter sinkt ist klar, ist die logische Folge, wenn Menschen nicht mitbestimmen und gestalten können, wie sich Ihre Universität entwickelt, wenn ihre Meinung so offensichtlich nichts zählt.

Sorge bereitet uns auch die abnehmende Konkurrenzfähigkeit der deutschen Hochschulen gegenüber der Wirtschaft oder ausländischen Hochschulen, wenn es um qualifizierte Menschen geht. Für Wissenschaftler und Doktoranden sollte sich durch die Einführung eines neuen Tarifvertrages vieles zum Besseren hin ändern. Junge Leute sollten zu Beginn der Karriere mehr verdienen als bisher. Statt einer Kopplung der Bezahlung an das Lebensalter sollte diese künftig leistungsbezogener und an der Berufserfahrung orientiert erfolgen. Flexibilität und Arbeitgeberwechsel sollten begünstigt werden. Maßnahmen, die auch den Arbeitsplatz Universität konkurrenzfähiger und attraktiver machen sollten. Die Realität: Wechselt heute ein Wissenschaftler in ein anderes Bundesland und hat auch noch Familie, so kann sich die Gehaltseinbuße rasch auf über 1.000 Euro aufsummieren. Noch schlechter geht es den Doktoranden mit Familie. War es bisher möglich, auch mit Familie von der üblichen halben Wissenschaftlerstelle zu leben - wenn auch eher schlecht als recht - ist das heute für Doktoranden mit Familie überhaupt nicht mehr möglich. Konsequenz ist der Entscheidungszwang: Familie oder Promotion.

Mit großer Sorge betrachten wir auch die Folgen der Einführung der Studiengebühren. 500 Euro pro Semester, 1.000 Euro pro Jahr, das zahlen aktuell unsere Studierenden bzw.

ihre Eltern und sicher auch mancher von Ihnen. Sie sollen damit zu einer Verbesserung der Studienbedingungen an den Universitäten beitragen. Die Studiengebühren zeigen Wirkung: Schneller als die Studienbedingungen haben Studiengebühren das Klima an der Universität verändert. Wir haben unsere Befürchtungen im letzten Jahr hier vorgetragen, dass die zusätzlichen Mittel zu massiven Verteilungskämpfen zwischen Fakultäten führen werden. Streitigkeiten zwischen jenen mit billigen Studiengängen aber vielen Studierenden und solchen mit teuren, labororientierten Studiengängen, aber niedriger Zulassungszahl. Vielleicht gar kein unerwünschter Effekt, denn der interne Streit schwächt die Universität gegenüber dem Ministerium. Teile und herrsche, die Einigkeit an der Universität war schnell dahin, nachdem es scheinbar etwas zu verteilen gab. Noch bedenklicher sind allerdings die Auswirkungen auf die Bereitschaft zu studieren. Studiengebühren schrecken begabte junge Menschen ab und verschärfen weiter die soziale Selektivität des Bildungssystems. Das kann man heute belegen, denn die ersten harten Zahlen liegen vor und zeigen, dass der Anteil der studierwilligen Abiturienten nach Einführung der Studiengebühren gesunken ist, z.B. in NRW um fast sechs Prozent. Dabei liegt Deutschland bereits heute im Anteil der Studierenden deutlich unter dem OECD Durchschnitt und – wie zu Beginn dargestellt – sind wir hier im Land in besonderem Maße auf gut ausgebildeten Nachwuchs angewiesen.

Meine Damen, meine Herren, diese Universität hat im vergangenen Jahr gezeigt, dass sie Spitzenleistungen bringen kann. Sie wird nur dann weiterhin konkurrenzfähig bleiben und vergleichbar hohe Leistungen erbringen, wenn sie in der Lage ist, exzellente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, ihre Motivation zu erhalten und junge Menschen für die Hochschullaufbahn zu begeistern. Wir bitten Sie daher um Ihre Unterstützung, wenn es darum geht, der Politik zu vermitteln, dass sie mit den dargestellten Maßnahmen die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Universitäten massiv einschränkt.